

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg  
am Montag, 27.05.2002, im Bibliothekssitzungssaal der Carl von Ossietzky Uni-  
versität, Uhlhornsweg 49 – 55, Oldenburg**

**Anwesend:**

**vom Rat:**

Oberbürgermeister Schütz	Ratsherr Mühlbradt
Bürgermeister Nehring	Ratsfrau Müller
Bürgermeisterin Eilers-Dörfler	Ratsherr Müller
Ratsherr Adler	Ratsfrau Multhaupt
Ratsfrau Ahrens-Strassberger	Ratsfrau Neumann
Ratsherr Bischoff	Ratsfrau Neumann-Gäßler
Ratsfrau Bockmann	Ratsherr Dr. Niewerth
Ratsfrau Bollerslev	Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Ratsfrau Burdiek	Ratsherr Norrenbrock
Ratsfrau Conty	Ratsherr Dr. Pade
Ratsfrau Dammers	Ratsherr Reck
Ratsherr Danne	Ratsherr Reinking
Ratsfrau Diederich	Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsherr Drieling	Ratsherr Rosenkranz
Ratsherr Ellberg	Ratsfrau Rudolph
Ratsfrau Flemming-Schneider <small>ab TOP 6</small>	Ratsfrau Scheibert
Ratsfrau Gayk	Ratsfrau Scheller
Ratsfrau Gerdes	Ratsherr Schwartz <small>bis TOP 8.8.1</small>
Ratsfrau Hartmann	Ratsfrau von Seggern
Ratsherr Harzmann	Ratsherr Siek
Ratsherr Hochmann	Ratsherr Stratmann
Ratsherr Kaps	Ratsherr Tambke
Ratsherr Klarmann	Ratsherr Thole
Ratsherr Dr. Knake	Ratsfrau Würdemann
Ratsherr Krummacker	Ratsherr Zietlow
Ratsfrau Lück	

**von der Verwaltung:**

Stadträtin Opphard	Ltd. Städt. Direktorin von Danckelman
Stadträtin Niggemann	Pressesprecher Krogmann
Ltd. Baudirektor Reinig	Stadtamtmann Szymanski <small>als Protokollführer</small>

**Entschuldigt fehlen:**

vom Rat:  
Ratsfrau Stolze

**Beginn der Sitzung:** 18.20 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 20.06 Uhr

**Hinweis:**

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlagen 1, 2, 10 und 18** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

## Öffentliche Sitzung

Vor Beginn der Sitzung begrüßt die Vizepräsidentin der Universität, Frau Rieken, im Namen des gesamten Präsidiums die Mitglieder des Rates der Stadt, die Verwaltung und die Besucher. Im Anschluss stellt sie im Rahmen einer Power-Point Präsentation die Universität mit ihren Aufgaben, über Gliederung und über Entwicklung vor.

Oberbürgermeister Schütz bedankt sich für die Einladung, die heutige Ratssitzung wieder in den Räumlichkeiten der Universität durchzuführen und betont die gute Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadt.

### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird vom Rat einstimmig genehmigt.

### **3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 03/02 (öffentlicher Teil) vom 18.03.2002**

Ratsfrau Lück stellt fest, dass es auf Seite 8, erster Absatz „Anstatt in den Schulzentren“ heißen müsse, und nicht „Anstatt an der RS Brüderstraße“.

Die Niederschrift Nr. 03/02 (öffentlicher Teil) vom 18.03.2002 wird mit dieser Änderung vom Rat einstimmig genehmigt.

### **4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

- liegen nicht vor -

### **5. Einwohnerfragestunde**

(Anlage 1)

Herr Dr. Christoph Schottes erhält Gelegenheit, seine Fragen zu stellen. Er verliest die Fragen.

Oberbürgermeister Schütz antwortet, dass in der Zeit vom 01.03.2001 bis 28.02.2002 eine ABM-Kraft beschäftigt gewesen sei, deren Aufgabe darin bestanden habe, auf Grund vorhandener Akten eine Liste der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu erstellen und für diesen Personenkreis ein Besuchsprogramm zu erarbeiten. Die betreffende Person erkrankte bedauerlicherweise im September 2001 und konnte die Arbeit bis zu ihrem Ausscheiden nur noch für insgesamt vier Wochen wieder aufnehmen. Mittlerweile habe die Arbeitsverwaltung die ABM verlängert und die Nachfolgerin werde am 01.06.2002 ihre Arbeit aufnehmen. Bis jetzt seien Akten u. a. des Stadtarchivs und Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zwar gesichtet aber noch nicht abgeschlossen worden. Es existiere daher erst eine vorläufige Liste.

Zur Frage nach dem Oldenburgischen Entschädigungsfonds teilt Oberbürgermeister Schütz mit, dass die Stadt auf Grund der desolaten Haushaltssituation nicht in der Lage sei, finanzielle Hilfen zu leisten. Er habe daher bereits mit einigen Vertretern der Wirtschaft, leider ohne großen Erfolg für eine freiwillige Finanzierung, gesprochen. Er habe daher kaum Hoffnung, dass die Stadt finanzielle Leistungen erbringen könne.

In den vergangenen zehn Jahren habe das Stadtarchiv etwa 1.000 Anfragen bearbeitet. Es könne aber nicht differenziert werden nach Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern der Stadt Oldenburg und dem damaligen Land Oldenburg.

Ratsvorsitzender Nehring weist Herrn Dr. Schottes darauf hin, dass er noch die Möglichkeit habe, Zusatzfragen zu stellen.

Herr Dr. Schottes nimmt die Möglichkeit wahr, noch zwei weitere Fragen zu stellen:

1. Im Jahr 2000 habe es einen Beschluss des Rates gegeben, sich an der Bundesstiftung zur Entschädigung zu beteiligen. Die Beteiligung der Kommunen sei dann zwar durch die Regelung des Bundes nicht zu Stande gekommen, dennoch bestehe der Ratsbeschluss. Wie werde sich die Stadt auf Grund dieses Beschlusses verhalten?

2. Die Aktivitäten der Stadt in Bezug auf ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter seien nicht gerade umfassend. Halte die Stadt ihr Engagement für ausreichend und angemessen, da andere Kommunen sehr viel mehr leisteten.

Oberbürgermeister Schütz teilt mit, dass zur Frage 1 der Beschluss geprüft und danach schriftlich geantwortet werde.

Zur Entschädigungssituation arbeite die Stadt der Bundesstiftung nach der ihr möglichen Leistungsfähigkeit zu. Darüber hinaus sei weiterhin das Besuchsprogramm geplant, obwohl erst die weiteren Ergebnisse der Forschungsarbeiten, wie z. B. Adressenfeststellung, usw. vorliegen müssten, was bedauerlicherweise Zeit in Anspruch nehme.

## 6. Verzicht eines Ratsmitgliedes und Sitzübergang im Rat

Oberbürgermeister Schütz verliest das Schreiben (**Anlage 2**) von Ratsfrau Stolze vom 19.03.2002.

Der Rat fasst folgenden Beschluss:

„Die Mitgliedschaft der Ratsfrau Else Stolze im Rat der Stadt Oldenburg (Oldb) endet am 27.05.2002 durch den Verzicht der Mitgliedschaft“.

- einstimmig -

Oberbürgermeister Schütz teilt mit, dass, wenn ein Mitglied des Rates durch Verzicht den Ratssitz verliere, dieser gemäß § 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) auf die nächste Ersatzperson des Wahlvorschlages übergehe, auf den die ausgeschiedene Person gewählt worden sei. Ist in dem Wahlbereich keine Ersatzperson mehr vorhanden, so gehe gemäß § 44 Abs. 5 i. V.

m. § 37 Abs. 5 NKWG der Sitz auf die Person über, die in den anderen Wahlbereichen die höchste Stimmenzahl erreicht habe.

Die folgenden Ersatzpersonen

1. Frau Stefanie Brinkmann-Gerdes mit Schreiben vom 12.04.2002,
2. Frau Christine Bunjes mit Schreiben vom 17.04.2002,
3. Frau Jutta Alisch mit Schreiben vom 11.04.2002,
4. Frau Petra Zimmerling mit Schreiben vom 12.04.2002,

hätten auf ihre als Ersatzpersonen zustehenden Rechte verzichtet und würden als Ersatzpersonen für die Wahlperiode des gewählten Rates des Stadt Oldenburg ausscheiden. Nächste Ersatzperson sei:

Frau Christiane Flemming-Schneider,  
Wieselweg 29, 26131 Oldenburg.

Nach kurzer Sitzungsunterbrechung teilt Stadträtin Niggemann als Wahlleiterin für die Kommunalwahl mit, dass Frau Flemming-Schneider die Wahl angenommen habe.

Oberbürgermeister Schütz belehrt Ratsfrau Flemming-Schneider, dass sie der Amtsverschwiegenheit, einem Mitwirkungsverbot und einer besonderen Treuepflicht gegenüber der Stadt unterliege (§§ 25 bis 27 NGO).

Im Anschluss verpflichtet er sie durch Handschlag zur gewissenhaften und unparteiischen Erfüllung ihrer Aufgaben und übergibt Ratsfrau Flemming-Schneider eine Textausgabe der Niedersächsischen Gemeindeordnung, einen Auszug aus der NGO zur Pflichtenbelehrung, ein Merkblatt des Gemeindeunfallversicherungsverbandes und ein Schreiben zum Versicherungsschutz sowie die Stadtrechtsammlung mit den wichtigsten Satzungen und Verordnungen der Stadt. Im Anschluss überreicht er einen Blumenstrauß.

Ratsfrau Flemming-Schneider erklärt auf Nachfrage des Ratsvorsitzenden, dass sie, um an der weiteren Sitzung teilnehmen zu können, auf die Einhaltung der Vorschriften über die Einberufung des Rates verzichte.

- einstimmig -

## **7. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien** (Anlagen 3-5)

- einstimmig -

## **8. Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse**

### **8.1. Verwaltungsausschuss vom 13.05.2002 und 27.05.2002**

#### **8.1.1 Verleihung des Umweltschutzpreises der Stadt Oldenburg 2002** Vorlagen-Nr: 02/0262 und 02/0369, (Anlagen 6 und 7)

- einstimmig -

8.1.2 Verleihung Gewerblicher Umweltschutzpreis 2002  
Vorlagen-Nr: 02/0264 und 02/0369, (Anlagen 7 und 8)

- einstimmig -

8.1.3 Umlegungsausschuss; Wahl der Mitglieder  
Vorlagen-Nr: 02/0352, (Anlagen 9 und 10)

Ratsvorsitzender Nehring verweist auf den als Tischvorlage (**Anlage 10**) verteilten Änderungsantrag der BFO, der in der vorangegangenen Sitzung des Verwaltungsausschusses beraten und dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Mit der Änderung, dass als stellvertretendes Fachmitglied für Grundstückswertermittlung Herr Hans-Günther Zemke für Herrn Helmut Meyer vorgeschlagen wird, wählt der Rat die Wahl der Mitglieder für den Umlegungsausschuss.

- mehrheitlich bei sieben Enthaltungen -

**8.2 Ausschuss für Stadtgrün und Umwelt vom 14.03.2002 und 23.04.2002**

8.2.1 Landschaftsschutzgebiet Weißenmoor/Südbäkeniederung  
Vorlagen-Nr: 02/0269, (Anlage 11)

Ratsfrau Gayk erklärt, dass ihre Fraktion dafür plädiere, das Gebiet Weißenmoor/Südbäkeniederung unter Landschaftsschutz zu stellen. Damit würde die erhaltenswerte Landschaft bestehen bleiben, für die Bewohner würde sich nichts ändern. Dass es sich um eine erhaltenswerte Landschaft handle, habe die Verwaltung bereits in einem Entwurf zur Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet vom 15.02.2001 festgestellt.

Ratsherr Dr. Pade stellt fest, dass es sich um einen umweltpolitischen Offenbarungseid der SPD unter Mithilfe der FDP und der CDU handle. Dass es dieses Gebiet gebe, sei für die Stadt ein Glücksfall. Für die Unterschutzstellung dieses Gebietes lägen mittlerweile ca. 3.000 Unterschriften vor. Die neue Ratsmehrheit aus SPD und FDP wolle nun die Einleitung zur Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet aufheben und damit die beabsichtigte Verordnung „kippen“. Damit seien das jahrelange Verfahren, die sorgfältige und kompetente Arbeit der Verwaltung und die über das notwendige Maß hinausgehende Bürgerbeteiligung „für die Katz“ gewesen. Es sei klar, dass dort gebaut werden solle. Es handle sich dabei jedoch nicht um ein „Einknicken“ der SPD vor der spekulativen Erwartungshaltung privater Grundstückseigentümer, nein, auch die GSG habe dort bereits Grundstücke als Vorratsflächen zur Wohnbebauung erworben. Darüber hinaus besitze die Stadt selber Grundstücke und träume wohl davon, dass dortige Grundverkäufe Millionenbeträge in die Stadtkasse brächten. Diese Rechnung könne seiner Meinung nach nicht aufgehen, wenn er nur an die Altlasten und die Kompensationsflächen denke. Auch dürfe ökologisches Tafelsilber nicht einfach veräußert werden zur einmaligen Einnahmeverbesserung des Haushaltes. Dieses sei der SPD-Fraktion auch bekannt. Die CDU-Fraktion habe sich früher auch dafür ausgesprochen, große Bereiche dieses Gebietes nicht zu bebauen. Der FDP-Fraktion könne er dagegen nur bescheinigen, dass diese ein Verhältnis zum Umweltschutz habe wie „ein Nasenbär zum Geige spielen“. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle, dass das Weißenmoor in seiner ökologischen Bedeutung,

seiner Substanz, der Vielgestaltigkeit und Schönheit erhalten bleibe und sei damit gegen eine Zersiedelung und Versiegelung dieser einzigartigen Landschaft. Bereits vor zwei Jahren hätten die Umweltschutzverbände geschrieben: ...die Ausweisung des Weißenmoores als Schutzgebiet werde zum Prüfstein der Glaubwürdigkeit von Oldenburger Umweltpolitik... . Dem habe er nichts mehr hinzuzufügen.

Ratsherr Krummacker hofft, dass diese Thema hier und heute beendet werde. Es sei dann für viele Bürger kein Schrecken ohne Ende mehr, sondern das Ende des Schrecken für die Bürger herbeigeführt. Die FDP-Fraktion habe dieses Verfahren und dessen Zielsetzungen bereits 1996 bei der Beschlussfassung des Flächennutzungsplanes kritisiert und abgelehnt. Im Gegensatz zu Frau Gayk vertrete die FDP-Fraktion die Auffassung, dass sich für die Bewohner und deren Grundstücke enorm viel durch die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet ändere. Eine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet in den vorgesehenen Grenzen stelle eine städteplanerische Fehlentwicklung dar. Die FDP-Fraktion werde daher für die Aufhebung stimmen.

Ratsfrau Bockmann wendet sich an Rats Herrn Dr. Pade und stellt fest, dass dieser „an der Nase herum geführt“ worden sei, als es um die Fällung der Bäume für das Ökozentrum an der Universität gegangen sei. Da seien von den „Grünen“ keine Umweltbelange in Erwägung gezogen worden. Die Debatte um das Weißenmoor habe im letzten Jahr auch in den Räumen der Universität begonnen und solle hier auch beendet werden. Die SPD-Fraktion habe sich vorgenommen, für Ofenerdick ein „grünes Herz“ zu sichern, aber ohne „staatsbürokratischen“ Auflagen. Darüber hinaus sei eine dauerhafte Sicherung der Fläche durch einen Flächennutzungsplan genau so sicher wie durch eine Landschaftsschutzverordnung, da beide durch Ratsbeschluss aufgehoben werden könnten. Die SPD-Fraktion trete für einen praktikablen Umweltschutz ein und werde daher dem Antrag zustimmen.

Rats Herr Adler stellt fest, dass sich der Rat mit diesem Thema auf Grund einer umfassenden Ausarbeitung der Verwaltung seit dem letzten Jahr beschäftigt habe. Letztlich sei es um die wirtschaftlichen Interessen der Eigentümer versus die Interessen der Allgemeinheit gegangen. Da die SPD-Fraktion sich vor der Wahl nicht festlegen lassen wollte, sei dieses Thema in der letzten Ratsperiode nicht entschieden worden. Er widerspricht der Aussage, dass es gleich sei, ob das Gebiet durch eine Verordnung oder durch einen Flächennutzungsplan gesichert werde, da eine Verordnung schwieriger zu ändern sei. Hier gehe es nur noch um die wirtschaftlichen Interessen Einzelner gegen fachliche Argumentation für die Allgemeinheit.

Rats Herr Reck äußert, dass die CDU-Fraktion zu diesem Thema immer die gleiche Meinung vertreten habe und froh darüber sei, dass die SPD-Fraktion nunmehr die Kraft aufbringe, dem Antrag der CDU-Fraktion zu folgen. Damit werde endlich Klarheit für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger geschaffen.

- mehrheitlich bei neun Gegenstimmen -

8.2.2 Bezug von Ökostrom für die abgedreht?!-Schulen  
Vorlagen-Nr: 02/0261, (Anlage 12)

Ratsfrau Gayk hält dieses Projekt für eine gute und lobenswerte Angelegenheit. Auch der Wunsch der Schulen, Ökostrom zu beziehen, werde von der PDS-Fraktion begrüßt. Dennoch müsse bei der Auswahl darauf geachtet werden, dass Verträge mit Anbietern geschlossen würden, die keinen Atomstrom vertrieben.

- einstimmig -

**8.3 Verkehrsausschuss vom 21.03.2002 und 23.05.2002**

8.3.1 Nahverkehrsplan 2  
Vorlagen-Nr. 02/0228, (Anlage 13)

Ratsherr Drieling hält die Fortschreibung des Nahverkehrsplans 1 durch den Nahverkehrsplan 2 wegen der zu erwartenden steigenden Anzahl der Kraftfahrzeuge für wichtig, da diese Maßnahmen für die nächsten fünf Jahre regele. Um einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr auf Straße und Schiene für Oldenburg erreichen zu können, müssten die vorgesehenen Maßnahmen auch umgesetzt werden. Er dankt als Vorsitzender des Verkehrsausschusses allen Beteiligten und stellt fest, dass bereits einige der aufgeführten Maßnahmen teilweise umgesetzt bzw. sich in einem konkreten Planungsstadium befinden würden.

- einstimmig -

8.3.2 Benennung von Straßen – „An der Fuchsbäke“  
Vorlagen-Nr: 02/0260, (Anlage 14)

- einstimmig -

**8.4 Ausschuss für Wirtschaftsförderung vom 22.04.2002**

8.4.1 TGO GmbH; Aufnahme der Carl von Ossietzky-Universität in die Gesellschaft  
Vorlagen-Nr: 02/0298, (Anlage 15)

Ratsherr Zietlow stellt als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung fest, dass diese vorgesehene Aufnahme nicht nur symbolischen Charakter habe, sondern folgerichtig sei als Ausfluss der Kooperation zwischen der Stadt und der Universität Oldenburg. Mit dem TGO gewinne Oldenburg Anschluss an andere Wirtschaftsstandorte. Wie die Erfahrungen des BIZ in Bremen und anderer vergleichbare Standorte zeigten, würden diese Angebote von der Wirtschaft sehr gerne angenommen. Die Standortwahl in unmittelbarer Nähe zur Universität werde durch die zahlreichen Nachfragen bereits jetzt bestätigt. Die Förderung der Existenzgründungen sei ein Schwerpunkt der kommunalen Wirtschaftspolitik und mit dem TGO sei das Instrument dafür vorhanden. Der Beitritt der Universität sei ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege der Zukunftsausrichtung der Stadt und biete daneben den Nutzern des TGO auch praktische Vorteile, da Wissen und Einrichtungen der Universität günstig genutzt werden könnten. Dadurch würden auch die Standortvorteile des TGO erheblich verbessert.

Oberbürgermeister Schütz geht davon aus, dass jedes Ratsmitglied diesem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er weist bei dieser Gelegenheit noch einmal auf die vielfältige Verzahnung zwischen Stadt und Universität hin, die in den letzten Jahren immer enger geworden sei. So werde die Universität Gesellschafter der TGO, Herr Professor Grubitzsch sei Mitglied im Städtischen Ausschuss für Wirtschaftsförderung und die Stadt beteilige sich an der Arbeitsgruppe Energie. Ziel der Stadt sei es unter anderem, die Bereiche Wechloy und Flughafen als Gewerbegebiete zu beplanen, damit Abgängern der Universität in Oldenburg Möglichkeiten angeboten werden könnten, sich selbständig zu machen. Die Zusammenarbeit sei positiv und trage erste Früchte.

- einstimmig -

Oberbürgermeister Schütz verlässt den Sitzungssaal.

8.4.2 Jahresabschluss und Lagebericht 2001 des Hafens der Stadt Oldenburg  
Vorlagen-Nr: 02/0222, (Anlage 16)

- einstimmig -

Oberbürgermeister Schütz betritt wieder den Sitzungssaal.

8.4.3 Neufassung der Betriebssatzung für den Hafen der Stadt Oldenburg (Oldb)  
Vorlagen-Nr: 02/0244, (Anlagen 17 und 18)

Ratsvorsitzender Nehring verweist auf den als Tischvorlage (**Anlage 18**) verteilten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ratsherr Siek drückt das Unwohlsein der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über den Ablauf in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung aus, da keine schlüssigen Antworten auf die gestellten Fragen zu den festgesetzten Beträgen im § 4 der Neufassung der Betriebssatzung für den Hafen gegeben worden seien. Da der Hafen nur einen Umsatz von ca. 1 Mio. € habe und damit weit unter dem Umsatz der Weser Ems Halle liege, sollten die Beträge, ab die der zuständige Ausschuss zu beteiligen sei, reduziert werden auf die Hälfte der Sätze, die für die Weser Ems Halle festgelegt seien.

Der Änderungsantrag wird

- abgelehnt bei 42 Nein-Stimmen -

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt

- mehrheitlich bei 8 Enthaltungen und 1 Gegenstimme -



## **8.5 Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 02.05.2002**

### 8.5.1 Flächennutzungsplanänderung Nr. 19 (Am Stadtrand/Ofenerdieker Markt)

- Prüfung der Anregungen

- Feststellungsbeschluss

Vorlagen-Nr: 02/0294, (Anlage 19)

- mehrheitlich bei 2 Enthaltungen -

### 8.5.2 Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes N-273 (Am Stadtrand/Ofenerdieker Markt)

- Prüfung der Anregungen

- Satzungsbeschluss

Vorlagen-Nr: 02/0293, (Anlage 20)

- mehrheitlich bei 2 Enthaltungen -

### 8.5.3 Bebauungsplan N-723 (Dürerstraße/Shakespearestraße/Siedlung Brokhausen)

- Prüfung der Anregungen

- Satzungsbeschluss

Vorlagen-Nr: 02/0240, (Anlage 21)

- einstimmig -

### 8.5.4 Bebauungsplan N-724 (Pariser Straße/Berliner Straße/Londoner Straße)

- Prüfung der Anregungen

- Satzungsbeschluss

Vorlagen-Nr: 02/0250, (Anlage 22)

- einstimmig -

### 8.5.5 Bebauungsplan S-743 (nordöstlich Bremer Heerstraße)

- Satzungsbeschluss

Vorlagen-Nr: 02/0289, (Anlage 23)

- einstimmig -

### 8.5.6 Planabweichende Herstellung der Erschließungsanlage Birkhuhnweg;

- Beschluss gemäß § 125 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)

Vorlagen-Nr: 02/0265, (Anlage 24)

- einstimmig -

### 8.5.7 Planabweichende Herstellung der Erschließungsanlage Haubentaucherring, Planstraßen F und F 1;

- Beschluss gemäß § 125 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)

Vorlagen-Nr: 02/0266, (Anlage 25)

- einstimmig -

8.5.8 Sanierungsgebiet Kennedy-Viertel  
- Beschluss über die Leitlinie zur Beteiligung  
Vorlagen-Nr: 02/0310, (Anlage 26)

- einstimmig -

**8.6 Schulausschuss vom 07.05.2002**

8.6.1 Einrichtung einer einjährigen Berufsfachschule (BFS) Bautechnik für RS-  
Absolventen/-innen an der BBS II  
Vorlagen-Nr: 02/0319, (Anlage 27)

- einstimmig -

**8.7 Haushalts- und Finanzausschuss vom 08.05.2002**

8.7.1 Abschnittsbildung und Kostenspaltung für die Lindenstraße  
Vorlagen-Nr: 02/0272, (Anlage 28)

- einstimmig -

8.7.2 Abschnittsbildung für die Straße Am Stadtrand  
Vorlagen-Nr: 02/0273, (Anlage 29)

- einstimmig -

Oberbürgermeister Schütz verlässt den Sitzungssaal.

8.7.3 Jahresrechnung der Stadt Oldenburg und der selbständigen Stiftungen für das  
Haushaltsjahr 2000  
Vorlagen-Nr: 02/0275, (Anlage 30)

Ratsfrau Diederich führt aus, dass die Jahresrechnung nicht zu beanstanden sei. Dennoch sei festzustellen, dass ein großer Betrag an Haushaltsresten gebildet worden sei, also seien Beträge für den Haushalt angemeldet worden für Maßnahmen, die nicht ausgeführt wurden. Besonders sichtbar werde dies an den Verpflichtungsermächtigungen. Von veranschlagten 21,2 Mio. DM seien nur 0,9 Mio. DM in Anspruch genommen worden seien. Dieses führe zu einem unübersichtlichen Haushalt und führe – da die Haushaltsreste im nächsten Haushalt nicht veranschlagt würden – zu einem „Nebenhaushalt“. Dies widerspreche den Haushaltsgrundsätzen. Sie habe den Eindruck, dass alle Fraktionen mit diesem Verfahren nicht einverstanden seien. Daher werde vorgeschlagen, nur die Maßnahmen für den nächsten Haushalt vorzusehen, die auch tatsächlich begonnen werden könnten.

a) Beschluss über die Jahresrechnung

- einstimmig -

b) Entlastung des Oberbürgermeisters

- einstimmig -

Oberbürgermeister Schütz betritt wieder den Sitzungssaal.

## **8.8 Werksausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb vom 16.05.2002**

### **8.8.1 Änderung der Satzung über die Abfallwirtschaft in der Stadt Oldenburg (Oldb) Vorlagen-Nr: 02/0340, (Anlage 31)**

Ratsvorsitzender Nehring verweist auf die in der vorangegangenen Sitzung des Verwaltungsausschusses vorgenommenen Änderungen. Danach wird vorgeschlagen:

Ziffer 7 (6) der Satz „Unbefugte dürfen bereitgestellte Abfälle nicht durchsuchen oder entfernen.“

Ziffer 9 „e) entgegen § 17 Abs. 5 bereitgestellte Abfälle durchsucht oder entfernt,“ werden gestrichen.

Mit diesen Änderungen wird die Änderung der Satzung beschlossen.

- mehrheitlich bei 7 Enthaltungen -

Ratsherr Schwartz verläßt die Sitzung.

## **9. Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder**

### **9.1 Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung (PDS-Fraktion) (Anlagen 32 und 33)**

Ratsherr Adler begründet den Antrag zur Erweiterung der Einwohnerfragestunde damit, dass diese ohne Debatte mit den Ratsmitgliedern stattfinde, da die Geschäftsordnung eine Aussprache nicht vorsehe. Wie bei der Behandlung der anderen Tagesordnungspunkte könne durch jeweilige Redner der einzelnen Fraktionen die Einwohnerfragestunde lebhafter gestaltet werden. Eine Aussprache zur Einwohnerfragestunde, die bislang nicht sehr viele Einwohner wahr genommen hätten, solle daher zugelassen werden. Darüber hinaus solle eine Einwohnerfragestunde auch in den Ausschüssen des Rates eingeführt werden. Damit werde eine eventuell vorhandene Hemmschwelle auf Seiten der Einwohner abgebaut, da diese vor einem nicht so großen Zuhörerkreis sprechen könnten. Diese Regelung führe auch zu Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit.

Ratsherr Dr. Pade stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, dass es sich um zwei Anträge handele, für die eine getrennte Abstimmung beantragt werde.

Ratsfrau Bockmann stimmt Ratsherrn Adler zu, dass die Einwohner von dem Recht der Einwohnerfragestunde zu wenig Gebrauch machten. Die SPD-Fraktion habe jedoch bei einer offenen Diskussion im Rahmen der Einwohnerfragestunde das Problem, dass diese nicht mehr dem Sinn und Zweck der Einwohnerfragestunde entspreche, wie es die Verwaltung in der Vorlage auch richtig dargestellt habe. Die beantragte Änderung sei daher nicht praktikabel.

Ratsherr Klarmann führt aus, dass die CDU-Fraktion den Antrag auf Ausweitung der Einwohnerfragestunde zu einer großen Debattenrunde ablehnen werde. Es sei unbestritten, dass die Einwohnerfragestunde sinnvoll sei. Dass dieses Recht in der Vergangenheit nicht so häufig in Anspruch genommen worden sei, liege vielleicht auch darin begründet, dass die Bürger sich mit ihren Anträgen und Fragen an die Ratsfraktionen wenden würden, die dann in den Ausschüssen beraten und beschlossen würden. Eine Ausweitung sei daher nicht praktikabel. Das Rederecht in den Fachausschüssen sei zum Teil durch die „beratenden Mitglieder“ bereits umgesetzt. Einzelne Fragen aus dem Zuschauerkreis würden bereits schon durch die Ausschussvorsitzenden zugelassen und beantwortet. Eine Notwendigkeit zur Ausweitung werde daher nicht gesehen. Er schlägt vor, die PDS-Fraktion solle den Antrag zurücknehmen. Die CDU-Fraktion werde nicht zustimmen.

Ratsfrau Gayk vermutet, dass Ratsfrau Bockmann den Sinn des gestellten Antrag nicht ganz verstanden habe. Es solle eine allgemeine Aussprache nach einer Einwohnerfragestunde stattfinden und keine Diskussion mit den Bürgerinnen oder Bürgern. Die Fragesteller sollen die Möglichkeit erhalten, die Meinungen der einzelnen Ratsfraktionen zu den gestellten Fragen zu erfahren. Für Einwohner, die sich keiner Partei nahe fühlten, um ihre Anträge und Fragen dort zu stellen, sei ein Meinungs austausch im Rahmen der Einwohnerfragestunde eine Alternative.

Ratsherr Dr. Knake tritt dem Eindruck entgegen, dass sich die großen Ratsfraktionen einer weiteren Demokratisierung verweigerten. Er weist auf die bewusst im Grundgesetz verankerte repräsentative Demokratie hin, denn die „Väter des Grundgesetzes“ hätten gewusst, was mit plebiszitären Elementen in der Verfassung alles passieren könne, wenn sie von politischen Elementen missbraucht würden. Das wisse jeder spätestens seit der Weimarer Republik. Er bittet um Verständnis, dass er, wenn er aus dem Spektrum PDS , ehemals DKP höre, dass die anderen Parteien gegen weitere Demokratisierung seien, sehr misstrauisch werde. Er stelle sich die Frage, ob Ratsherr Adler mit „Lebendigkeit“ die vorletzte Sitzung meine, in der der Rat durch Ruhestörung und „Randale“, auch von Mitgliedern der PDS, genötigt worden sei. Daher solle an der bisherigen Regelung festgehalten werden.

Ratsherr Stratmann wundert sich über den einen oder anderen Wortbeitrag. Er könne die Ausführungen von Ratsherrn Dr. Knake aber durchaus nachvollziehen. Die Regelung der in der NGO verankerten Einwohnerfragestunde diene dazu, das Informationsrecht der Bürger zu stärken und auszubauen. Die CDU-Fraktion sei nicht dagegen, dass sich die Bürger stärker an den kommunalen Aufgaben beteiligten. Wenn es die PDS-Fraktion mit ihrem Antrag ehrlich meine, könne sie z. B. das heutige Thema der Einwohnerfragestunde aufgreifen und zur nächsten Sitzung des Rates einen entsprechenden Antrag stellen. Dann könne darüber seriös debattiert werden. Er halte allerdings nichts davon, „Fensterreden“ zu halten und damit den Eindruck erwecken zu wollen, die PDS-Fraktion sei die Einzige, die sich um die Belange der Einwohner kümmere. Dieses schade nur der Politik und werde daher von der CDU-Fraktion nicht mit getragen.

Der Änderungsantrag der PDS-Fraktion zu § 23 (3) Satz 4 wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen -

Der Änderungsantrag der PDS-Fraktion zur Einfügung eines Absatzes 6 wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen -

N e h r i n g  
Ratsvorsitzender

S c h ü t z  
Oberbürgermeister

S z y m a n s k i  
Protokollführer